



# Verteilungsgerechtigkeit ist eine Kernaufgabe

Daniel Kreutz ist Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) im SoVD NRW. Er übt dieses Ehrenamt seit vielen Jahren aus und ist im SoVD auch auf Bundesebene aktiv. Im Interview mit Pressesprecher Matthias Veit beleuchtet er die Ursachen der sich ausbreitenden Armut in der deutschen Gesellschaft und die Versäumnisse der Politik in diesem Bereich.

**Herr Kreutz, der SoVD NRW beteiligt sich seit dem 5. Mai an einer Kampagne mit dem Titel „Wie groß ist dein Armutsschatten?“. Wie groß ist das Problem denn in einem wohlhabenden Land wie Deutschland inzwischen?**

Einkommensarmut besteht nicht erst dann, wenn ein Anspruch auf Fürsorgeleistungen einsetzt, sondern wenn 60 Prozent der mittleren, nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichteten Einkommen unterschritten werden. Nach den jüngsten Daten des Mikrozensus aus 2019 lag diese Armutsgrenze für Alleinlebende in Deutschland bei 1.074 Euro monatlich. 15,9 Prozent der Bevölkerung waren einkommensarm. In NRW sind es 17 Prozent, deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Und das war noch vor Corona.

**Welche Handhabe hat die Politik denn, konkret gegenzusteuern, damit deutlich weniger Menschen lange Armutsschatten werfen? Wird es nicht immer Menschen geben, die keinen Job finden? Gehen häusliche Pflege und Kinderbetreuung nicht immer einher mit beruflichen Einschnitten und Einkommenseinbußen? Haben wir zu hohe Erwartungen an die Politik?**

Also erstmal scheint mir wichtig: Wenn man die von Armut betroffenen Erwachsenen nach ihrem Erwerbsstatus betrachtet, sind Arbeitslose die zahlenmäßig kleinste Gruppe, obwohl sie mit 58 Prozent den höchsten Anteil an Armen aufweisen. Arbeitslose sind also überwiegend auch arm, aber die „typischen“ Armen sind nicht arbeitslos. Die zahlenmäßig

größte Gruppe sind Erwerbstätige – mit 33 Prozent, einem Drittel der Armutsbevölkerung –, dicht gefolgt von den Rentner\*innen und Pensionär\*innen mit 29,8 Prozent. Dieses Bild ist schon selbst maßgeblich Folge von Politik, nämlich von „Riester“ und „Hartz“, was zur Ausbreitung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung führte und die soziale Sicherungsfunktion sowohl der Arbeitslosen wie der Rentenversicherung drastisch geschwächt hat. Auf der anderen Seite haben wir einen gigantischen Einkommens- und Vermögensreichtum, der sich insbesondere ganz oben an der Reichtumsspitze in wenigen Händen konzentriert. Auch diese Entwicklung wurde politisch gefördert, auch mittels der Steuerpolitik.

Nach unserer Überzeugung verletzen Armut und sozialer Ausschluss die Menschenwürde, und es ist eine Kernaufgabe sozialstaatlicher Politik, auf Verteilungsgerechtigkeit hinzuwirken. Der Paritätische gab seinem Armutsbericht 2020 den treffenden Titel „Gegen Armut hilft Geld“. Die Politik hätte die Instrumente, nämlich das Steuer- und Abgabenrecht, das Mindestlohnrecht, das Ordnungsrecht für den Arbeitsmarkt, das Leistungsrecht der Sozialversicherung und der Mindestsicherung. Aber diese Instrumente für Verteilungsgerechtigkeit einzusetzen, würde natürlich bedeuten, in Konflikt mit den wirtschaftlich Starken in Deutschland zu treten und den auch gewinnen zu wollen. Es mag sein, dass sowas die Politik in ihrem heutigen „marktkonformen“ Zustand überfordert. Aber wenn wir die Ziele eines leistungsfähigen Sozialstaats und sozialer Ge-

rechtigkeit nicht aufgeben wollen, führt kein Weg daran vorbei, sie zur Änderung dieses Zustands zu ermutigen.

**Es heißt ja oft: Die prekäre Beschäftigung von heute ist die Altersarmut von morgen. Aber sind die Jobchancen der jungen Menschen und damit die Aussichten auf eine vernünftige Rente nicht besser denn je, Stichwort demografischer Wandel und Fachkräftemangel?**

Demografischer Wandel und Fachkräftemangel wären Themen für sich, mit diesen Begriffen wird viel Schindluder getrieben. Klar dürfte doch sein, dass es nicht nur darum geht, irgendeinen Job zu finden, sondern auch und gerade darum, dass der anständig bezahlt wird, dass damit Ansprüche auf tragfähige Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter erworben werden, dass man sich nicht sorgen muss, wovon man im nächsten Jahr lebt, wenn die Befristung ausläuft. Eine Fachkraft in der Altenpflege – Beispiel des Fachkräftemangels par excellence – hat hervorragende Jobchancen, kann sich den Arbeitgeber aussuchen. Aber was nützt das, wenn die Arbeitsbelastungen nur in Teilzeit zu ertragen sind und der ohnehin geringe Lohn so nochmals geschmälert wird? Wären Löhne und Arbeitsbedingungen nur eine Marktfrage, von Angebot und Nachfrage, dann müssten Pflegekräfte doch mittlerweile in den oberen Entgeltbereichen angekommen sein. Aber das ist halt immer auch und vor allem eine Machtfrage. Und wir sehen übrigens, dass die Armutsquote auch bei Hochqualifizierten steigt, auf relativ niedrigem Niveau, klar, aber sie steigt stetig.

**Immer mehr Menschen landen in der Grundsicherung im Alter, haben aber zuvor jahrelang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Hat die gesetzliche Rente in unserem Land ein Glaubwürdigkeitsproblem? Und was wäre die Lösung?**

Das Glaubwürdigkeitsrisiko besteht tatsächlich. Obwohl unsere solidarische Rentenversicherung grundsätzlich die beste Form der Alterssicherung ist. Aber sie wurde schwer beschädigt durch das Zurückbleiben der Renten- hinter der Lohnentwicklung, durch verbreitete Niedriglöhne und nicht zuletzt durch



Daniel Kreutz ist Vorsitzender des SPA im SoVD-Landesverband NRW und Mitglied im SPA des Bundesverbandes.

einen Mindestlohn, der auch nach erfülltem Arbeitsleben keine Rente oberhalb der Grundsicherung bringt. Und wenn die Dinge so weiterlaufen, steht am Ende auch infrage, ob man den Leuten noch Pflichtbeiträge für die Rente abverlangen darf, wenn dabei für zu viele nicht mehr rauskommt als Grundsicherung. Das macht uns in der Tat große Sorgen. Im Kern wäre die Lösung, einerseits Niedriglöhne zurückzudrängen und Minijobs zu überwinden, andererseits das Rentenniveau wieder auf mindestens 53 Prozent anzuheben. Und die Verbesserungen, die es für Neuzugänge in die Erwerbsminderungsrente gab, müssen natürlich auf die Bestandsrenten erstreckt werden.

**Wir hören auch das Argument, dass es den Rentnerinnen und Rentnern in unserem Land doch insgesamt immer noch sehr gut gehe. Andererseits sind Tafeln ein Phänomen, das sich immer mehr ausgebreitet hat in den letzten Jahren – und dort sieht man in den Schlangen dann doch vor allem ältere Menschen. Auf welche Fehlentwicklungen ist das zurückzuführen und wie groß ist das Problem aus Ihrer Sicht?**

Die Behauptung von den „reichen Rentnern“ hat nie gestimmt, aber sie wurde verbreitet, um den Leuten einzureden, dass die Absenkung des Rentenniveaus doch nicht schlimm sei. Seit die Armutsquote der Rentner\*innen und Pensionär\*innen ab 2014 die der Gesamtbevölkerung immer weiter überstieg, ist diese Behauptung kaum noch zu hören. Schließlich hat die Politik ja mit der sogenannten „Grundrente“ darauf reagieren müssen, dass zunehmende Altersarmut ein reales Problem in Deutschland ist. Die „Grundrente“ ist nun leider auch keine nachhaltige Lösung, und dies nicht nur, weil Zeiten der Arbeitslosigkeit dafür nicht

zählen. Die Lösung liegt eher auf den bereits genannten Feldern der Löhne und des Rentenniveaus.

Die bedeutendste Fehlentwicklung, die sich in den Tafeln ausdrückt, sind die langjährig zu niedrigen, willkürlich kleingerechneten Leistungen der Grundsicherungen. Bei den Rentner\*innen in den Schlangen kommt zweierlei hinzu: Schon eine geringe Absenkung des Rentenniveaus drückt ziemlich viele, die zuvor den Kopf noch über Wasser hatten, unter die Wasserlinie. In NRW ist die Zahl derer, die auf Altersgrundsicherung angewiesen sind, seit 2005 um 83 Prozent gestiegen. Und oft wollen sich viele mit Kleinstrenten ohne Grundsicherung über die Runden retten. Auch wenn Grundsicherung ein Rechtsanspruch ist, empfinden sie es als demütigend und entwürdigend, sie in Anspruch zu nehmen. Und mal unter uns: Haben sie damit unrecht?

**Wie groß ist aus Ihrer Sicht die Gefahr, dass gesellschaftliche Gruppen immer weiter gegeneinander ausgespielt werden und welche Prognose würden Sie da wagen?**

Prognosen traue ich mir da nicht zu. Aber was wir sehen ist, dass sich die Phalanx von Arbeitgeberverbänden und ihren Experten – sind ja meist Männer – wieder zu formieren beginnt, um mit den bekannten Suggestivbehauptungen über den demografischen Wandel und die durch „zu hohe“ Beiträge vermeintlich verletzte Generationengerechtigkeit eine weitere Attacke auf die Rentenversicherung zu reiten. Auch die EU zielt übrigens in diese Richtung. Der Kampf um Sozialstaatlichkeit dürfte nach Corona in eine neue Runde gehen. Wie er ausgeht, hängt auch von uns ab, weniger vom Papier, das wir beschriften, als von der Aktivität unserer Mitglieder.

Interview: Matthias Veit



Foto: Solarisys / Adobe Stock

Auch darin zeigt sich Armut: Weil das Geld nicht reicht, wird die Wohnung nur wenig geheizt.